

Diese Zeitung erscheint täglich zweimal Morgens 8, und Abends 6 Uhr, vierteljährlicher Abonnementspreis für Stettin 1 Thlr. 10 Sgr., mit Botenlohn 1 Thlr. 17 1/2 Sgr. Für Pommern und das übrige Deutschland 1 Thlr. 17 1/2 Sgr.

# Privilegirte



Bestellungen nehmen alle Postämter an. Für Stettin: Buchdruckerei von G. O. Eschenbarts Erben, Krautmarkt No. 4. (1053.) Redaktion und Expedition ebendasselbst. Insertionspreis Für die gespaltene Petitzeile 1 Sgr.

# Stettiner

# Zeitung

No. 78.

Abend-

Mittwoch, den 16. Februar

Ausgabe.

1859.

## Deutschland.

**Berlin, 15. Februar.** Se. Königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Dem nach Altenburg kommandirten Major von Tresckow à la suite des 13. Infanterie-Regiments, den Rothen Adlerorden dritter Klasse, dem Oberst-Lieutenant z. D. von Wilcke zu Trier, dem Rechts-Anwalt und Notar, Justizrath Plesch zu Zeitz und dem fürslich waldeckischen Kreisrath Schumann zu Arelsen den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Unteroffizier Rhode im 3. Bataillon (Tilsit) 1. Landwehr-Regiments, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; den Geheimen Post-Rath und General-Post-Inspektor Philipeborn zum Geheimen Ober-Post-Rath zu ernennen; und dem praktischen Arzt Dr. von Meyeren zu Tatzungen den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

**Berlin, 15. Februar.** Bei den gestrigen Präsidentenwahlen in der zweiten Kammer legte die entschiedene liberale Partei gegen die Fortdauer einer „katholischen Fraktion“ dadurch Protest ein, daß sie Herrn Reichensperger ihre Stimmen entzog. Sie stimmte (an der Zahl 73) für den Obertribunalsrath Blömer, einen Katholiken, der wiederholt sich gegen das Bestehen einer katholischen Kammerfraktion in dem paritätischen Preußen erklärt hat.

Die „Kreuzzeitung“ bemerkt: Die stete und auswärtige Blätter haben auf Anlaß des freudigen Ereignisses vom 27. Januar eine allgemeine politische Amnestie theils verlangt, theils aber in Aussicht gestellt. Wir halten uns daher nach den uns bekannt gewordenen Auffassungen der bestimmenden Kreise zu der Annahme berechtigt, daß eine solche Amnestie als generelle politische Maßregel schwerlich zu vermuthen sein möchte, wohl aber noch eine Anzahl einzelner Begnadigungen. Solche haben in der jüngsten Zeit bekanntlich schon mehrere stattgefunden. Der prinzipielle Unterschied zwischen einer Begnadigung selbst aller Einzelnen gewisser Klassen von Verurtheilten und andererseits der Gesamtbegnadigung (Amnestie) derselben ist ein sehr großer. In jenem Falle läßt der Fürst sein schönstes Recht und begnadigt den verurtheilten Verbrecher; in diesem aber wird so zu sagen das Verbrechen für straflos erklärt.

Man schreibt der Elberf. Ztg. von hier: „Die Bewegung zur Wiederherstellung der den Real- und höheren Bürgerschulen entzogenen Berechtigungen wird allem Anscheine nach mit einer Verständigung endigen, zu welcher der Herr Unterrichts-Minister das Seinige beibringt, mit dem der Herr Handels-Minister zu diesem Behufe lebhafteste Beziehungen unterhält. So viel man bis jetzt vernimmt, geht die Absicht darauf hin, diejenigen Real- und höheren Bürgerschulen, welche nicht nur den achtjährigen Lehr-Kursus haben, sondern auch, und namentlich in den neueren Sprachen, entsprechende Leistungen nachweisen, mit bevorzugten Berechtigungen auszustatten, wogegen auf der anderen Seite auf eine Einschränkung der gedachten Anstalten der Zahl nach Bedacht genommen werden soll. Mit der Erledigung der Angelegenheit wäre dann, wie wir weiter hören, eine Reorganisation der Anstalten verbunden, wozu vor zwei Jahren bereits Schritte gethan, jedoch nicht zur Ausführung gekommen sind.“

Der „Schl. Ztg.“ wird von hier berichtet: Abermals wird ein königlicher Prinz und zwar wiederum in offizieller Stellung und auf längere Zeit in Breslau Residenz nehmen. Man ist nur noch wegen Unterbringung des Hofstaates in einiger Verlegenheit, da das zur Disposition stehende Gebäude nicht Räumlichkeiten genug besitzt und das l. Gebäude nicht eingeräumt werden kann. Der l. Prinz, der zu Ihnen kommen wird, ist Se. königl. Hoh. der Prinz Friedrich Karl. Sie dürfen an der Wahrheit meiner Meldung nicht zweifeln; die Prinzessin Friedrich Karl hat einem Ihrer Landolente Mittheilung davon gemacht.

**Berlin, 15. Februar.** Das Herrenhaus beriet in seiner heutigen (5.) Plenarsitzung über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Abfünges-Gesetzes vom 2. März 1850 und nahm denselben in der durch Amendements veränderten Fassung an. Bei der darauf folgenden Berathung eines Petitionsberichts gab nur die Petition auf Einführung des Einzugs- und Hausstandsgeldes in den Dörfern Gelegenheit zu einer eingehenden Debatte, wobei auch die (von dem Minister der Finanzen vertheidigte) Freizügigkeit erörtert wurde.

Die Stände des Kreises Sternberg führen nämlich Beschwerde über den seit neuerer Zeit auf den dortigen Landgemeinden lastenden schweren Druck, und sie beantragen demnach: 1) Einführung des Einzugs- und Hausstandsgeldes in den Dörfern, 2) und 3) Erschwerung (durch Vermögensnachweis, Bützensstellung) und, wenn Gefahr für das Gemeinwesen zu befürchten, Zurückweisung neuer Ansiedlungen, 4) Maßregeln ge-

gen die neuerdings so häufigen Dismembationen. Die Kommission schlägt vor: den Antrag ad 1 der Staatsregierung zu überweisen und über die Anträge 2) bis 4) zur Tagesordnung überzugehen.

Finanzminister Freiherr von Batow sagte: Ich glaube, der Herr Minister des Innern ist mißverstanden worden; seine Erklärung ist meiner Ansicht nach nicht dahin gegangen, die Regierung wünsche, daß ihr die Petition ihrem ganzen Inhalt nach überwiesen werde, sondern dahin, daß, wenn die Petition ihr überwiesen werden sollte, die Regierung sich der Erwägung derselben nicht entziehen werde. W. S. Es läßt sich nicht läugnen, daß die Petition im Grunde darauf gerichtet ist, das Prinzip der Freizügigkeit zu beseitigen; dieses Prinzip gehört aber zu unsern guten und alten Traditionen; es ist durch die Patente von 1804 sanktionirt worden, also zu einer Zeit, wo moderne Theorien auf die Gesetzgebung keinen Einfluß hatten, vielmehr dem großen Grundbesitze ein sehr großer Einfluß zu Gebote stand. Die Freizügigkeit ist eine von unseren spezifisch preussischen Einrichtungen, und sie ist eine segensreiche Einrichtung. In Ländern, in denen die Freizügigkeit nicht stattfindet, ist, das läßt sich statistisch nachweisen, die Armenlast ungleich höher. Die Regierung muß deshalb wünschen, daß ihr nur der erste Punkt der Petition zur Erwägung überwiesen werde, zumal die Angelegenheit in Betreff des Einzugsgebeldes bereits vielfach von der Regierung in Erwägung gezogen worden ist. Was aber die von Herrn Senft v. Pilsach mehr aus Gelegenheit als aus Anlaß dieser Besprechung gemachten umfassenden Vorschläge betrifft, so wäre es wohl nicht angemessen, so wichtige Fragen so leicht abzumachen; vielmehr sind diese Vorschläge wohl besser in Form eines Gesetzesentwurfes durch den geehrten Redner einzubringen und der Gegenstand der Initiative der „Kammern“ im Wege der Gesetzgebung zu überlassen.

Der Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten Graf Büdler: Die Regierung ist durchaus nicht Willens, der Abstimmung des Hauses vorzugreifen. Was den 4. Punkt der Petition anlangt, so sind über die Frage, inwieweit die Disposition über das Grundeigenthum einzuschränken sei, bereits umfassende Materialien eingesammelt worden, die aber, namentlich die Ermittlungen aus der Provinz Brandenburg, ein durchaus günstiges Resultat ergeben haben.

Hr. v. Kleist-Regow: was die vom Ministertische ausgethanen Aenderungen betrifft, so muß jeder Minister der Interpret seiner eigenen Worte und Ansichten sein; wenn wir also überhaupt auf jene Erklärungen Gewicht zu legen haben, so kann nur das, was der Herr Minister des Innern gesagt hat, für uns maßgebend sein. Dann aber muß ich zweitens dagegen protestiren, daß etwas, was aus dem Jahre 1804 stammt, als gute alte preussische Tradition bezeichnet wird; aus jenem Jahre stammt für uns keine gute Tradition.

Nachdem der Berichterstatter Graf v. d. Groeben-Ponarien den Kommissions-Antrag beschriftet hat, wird die Ueberweisung des ersten Punktes der Petition an die Regierung und die Tagesordnung bei den drei übrigen Punkten mit großer Majorität beschlossen.

## Italien.

**Turin, 10. Februar.** Man schreibt der „Allg. Ztg.“: Ich muß heute wiederum auf eine Angelegenheit zurückkommen, von der ich Ihnen in einem meiner früheren Briefe schon gesprochen. Es betrifft die Art und Weise, wie unsere Regierung mit Oesterreich anzubinden sucht, ohne den Anschein zu haben, den Krieg ihrerseits hervorgerufen zu haben. Das heißt: sie will Unruhen erregen, sei es in Toskana oder in den Herzogthümern. Ich glaube im Stand zu sein, Ihnen die Versicherung mitzutheilen, daß die österreichische Regierung dem Großherzog von Toskana und den übrigen kleinern Staaten im Vertrauen die Erklärung hat zukommen lassen: im Falle eines Aufstandes werde sie sich genöthigt, ihnen jede Hülfsleistung zu versagen. Nach dieser Erklärung trafen jene Staaten außerordentliche Vorsichtsmaßregeln, vor allen Modena, das zum Zeitpunkt aller revolutionären Umtriebe auserkoren zu sein scheint. Man hat mich versichert, was ich jedoch nicht für gewiß geben will, daß der General Garibaldi die geheime Mission von unserer Regierung erhalten habe, mit einer Legion Freiwilliger über die Apenninen in die Herzogthümer einzudringen, und dort die Insurrektion zu organisiren. Dies scheint Bestätigung zu erhalten durch die Thatfache, daß an der Ostgrenze Sardiniens in La Spezia und Sarzana eine große Anzahl parmesanischer und modenesischer Emigrirter sich aufhält, welche mit dem Innern jener Staaten eine sehr aktive Korrespondenz unterhalten. Dies stimmt auch überein mit der Truppenbewegung, welche in beiden Herzogthümern gegen die sardinische Grenze stattfand. Die piemontesische Regierung hofft: diese Insurrektion würde Oesterreich nöthigen, eine Intervention zu machen, worauf dann

eine Kollision zwischen den österreichischen und sardinischen Truppen den Vorwand zum Krieg und zum Einschreiten Frankreichs geben würde.

## Frankreich.

**Paris, 13. Februar.** Daß vom Kaiser der Entschluß zur Kriege noch nicht aufgegeben ist, beweisen vorzugsweise die Rüstungen, z. B. daß in Toulon schon Fahrzeuge für den Transport von 40,000 Mann bereit liegen. Der Kaiser ist dem Lande, der Armee, der Diplomatie gegenüber zu weit gegangen, um einfach zurückzutreten. Oder nehmen wir auch an, er lasse sich zu neuen Unterhandlungen herbei. Die österreichische und englische Diplomatie sagt sich natürlich: „Zeit gewonnen, Alles gewonnen!“ und ist rasch bei der Hand, ihm Rosen auf den Pfad des Rückzugs zu streuen. Unter einer Menge von Scheinkonzeptionen würde die Hauptsache verdeckt und versteckt. In der Hauptsache aber kann Oesterreich nicht nachgeben. Es kann, wenn es seine Herrschaft in Italien behaupten will, weder italienische Verfassungen, noch ein selbstständiges lombardisch-venetianisches Königreich entstehen lassen. In dem traurigen Dilemma zwischen Unrecht leiden und Unrecht thun wählt der Staatsmann natürlich das Letztere. Die englischen Staatsmänner aller Parteien begreifen das so gut, daß sie nur noch von dem Kirchenstaate sprechen. Auch Napoleon würde seine Truppen nicht aus Rom entfernen; er müßte sich also ebenfalls mit Schein-Bewilligungen begnügen. Seine Superiorität wäre gebrochen, und gerade weil er dieses Jahr der Popanz Europa's gewesen, wäre über ein Jahr die diplomatische Koalition gegen ihn fertig. Seine Vertrauten begreifen die Situation ganz wohl und hören auf die Vorstellungen der Deputirten nur mit halbem Ohre. Selbst Veillot schrieb aus Rom an einen vertrauten Freund, ganz Mittel-Italien sei zum Aufstande reis und werde nur durch fremde Truppen niedergehalten. In den Kriegs- und Marine-Ministerien lag der Plan einer Expedition im Adriatischen Meere (gegen Triest) zur Prüfung vor; derselbe wurde aber höheren Ortes aus Rücksicht für den deutschen Bund und für England beseitigt. (Nat.-Z.)

In der Girardin'schen Flugschrift macht folgender Passus einiges Aufsehen: „Bei freien Völkern war noch nie eine Regierung stark genug, auf lange Zeit die Freiheit im Innern zu unterdrücken, ohne ihr Ruhm nach außen zu bieten.“

Eine reiche, sehr reizende Dame, die zu Paris in der Rue St. Georges ein prächtiges Hotel besitzt, ist vor vierzehn Tagen von einer Reise nach dem Orient zurückgekehrt; statt aber von den Strapazen auszuruhen, verkauft sie ihr Hotel, ihre Equipagen und alle ihre Besitzungen und wird, nachdem sie alles zu Geld gemacht, nach Brussa reisen, wo sie ihr Herz zurückgelassen. Sie hat sich nämlich in Abd-el-Kader verliebt, der bekanntlich in Brussa exilirt ist und will in seiner Nähe ihr Leben beschließen. Was die Liebesleiden der Dame vermehrt, ist der Umstand, daß eine andere Dame, eine Engländerin, ebenfalls ihr Herz an den dunklen Augen des Ex-Emirs entzündet hat, daß diese in Brussa sich bereits häuslich niedergelassen und an Schönheit die Dame aus der Rue St. Georges noch übertrifft. Daher kommt's auch, daß die Französin ihre Abreise von Paris so sehr wie möglich beschleunigen wird, um ihrer Nebenbuhlerin in Brussa das Feld nicht allein zu lassen. Ob nun Abd-el-Kader etwas von der Feuersbrunst erfahren, die er in den beiden Herzen angerichtet, weiß man nicht; eben so wenig weiß man, wie er sich zwischen den beiden lebenden Herzen benehmen werde. Man ist daher in der Pariser Frauenvwelt auf den Ausgang dieser Liebesgeschichte sehr gespannt.

## Großbritannien und Irland.

**London, 13. Februar.** Noch ist die als so furchtbar geschilderte Armstrong-Kanone ein Geheimniß ihres Erfinders, so hören wir schon von neuen Versuchsversuchen, die vom Kapitän J. Norton herrühren, und mit denen gestern außerordentlich beschriebende Experimente gemacht worden sind. Zuerst wurde seine „Liquid-fire-rifle shell“ verschiedenen Proben unterworfen. Es ist dies ein Geschuß, das 3. bis 4mal so groß als eine gewöhnliche Spitzkugel, aber hohl geossen ist. In ihre Höhlung paßt eine Glaskapsel, welche das „flüssige Feuer“, von dem sie den Namen hat, einschließt. Die chemische Mischung derselben ist für jetzt noch Geheimniß des Erfinders, ihr Hauptbestandtheil ist, so viel bekannt, Phosphor in Bisulphat von Kohle aufgelöst. Kommt diese Mischung mit brennbaren Stoffen in Berührung, so werden diese rasch entzündet, und damit diese Verührung stattfindet, ist eben nichts weiter erforderlich, als daß die Kugel an einen festen Körper anprallt, worauf sie selbst und mit ihr die eingeschlossene Glaskapsel in Trümmer geht. Das Wetter war gestern zu Experimenten dieser Art überaus ungünstig. Säcke, die man wie Segel auf Stangen aufgehängt hatte, waren vom starken Regen bald durchtränkt, aber das hinderte den Erfinder nicht, seine Probe abzulegen. Er schoß seine Kugel aus einer schweren Wulflinte

